

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 16 – Keine anlasslose Speicherung aller
Telefon- und Internetverbindungsdaten

Dazu sagt der innenpolitische Sprecher
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Thorsten Fürter:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 187.11 / 24.03.2011

Nicht alle BürgerInnen unter Generalverdacht stellen

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren,

ein Zitat: „Dass die Freiheitswahrnehmung der Bürger nicht total erfasst und registriert werden darf, gehört zur verfassungsrechtlichen Identität der Bundesrepublik Deutschland, für deren Wahrung sich die Bundesrepublik in europäischen und internationalen Zusammenhängen einsetzen muss.“

Das ist keine Grüne Parteitagsrhetorik, sondern O-Ton Bundesverfassungsgericht. Die anlasslose massenhafte Speicherung individueller Kommunikationsdaten ist ein tiefer Eingriff in die Privatsphäre aller BürgerInnen und steht in keinem Verhältnis zu ihrem Nutzen.

Wer hat wann wem eine SMS geschickt? Welche Emails wurden an welche EmpfängerInnen gesendet? Wer surfte um welche Uhrzeit auf welchen Webseiten? Ich gebe zu: Das sind Fragen, die den Staat tatsächlich gelegentlich zu interessieren haben. Immer dann nämlich, wenn eine konkrete Verdachtslage eingetreten ist und die Polizei das tun muss, was ihre Aufgabe ist: Ermitteln. Die Frage die wir heute diskutieren ist aber, ob der Staat in großer Vor- und Fürsorglichkeit – „man weiß ja nie“ – erstmal alles speichern soll, um dann darauf zugreifen zu können.

Wir meinen: Nein. Es darf keine staatliche Totalerfassung der elektronischen Kommunikation geben.

Wir lehnen daher die gesetzlich verpflichtende anlasslose Speicherung sämtlicher Telefon-, Mobilfunk- und Internetverbindungs- sowie Standortdaten auf Vorrat zu Strafverfolgungszwecken ab. Durch die Vorratsdatenspeicherung werden 82 Millionen BürgerInnen in Deutschland unter Generalverdacht gestellt. Das ist absolut unverhältnismäßig.

Und glauben Sie mir, ich bin der letzte, der sogar im Hochsommer mit einer Kapuze herumlaufen würde, um sich vor Videoaufnahmen zu verstecken. Aber eines muss ich sagen: Das macht selbst mir ein wenig Angst.

Deshalb gilt grundsätzlich auch der alte Grüne Slogan weiter - ich zitiere aus der Pressemitteilung des Kollegen Eichstädt - „Meine Daten gehören mir.“

Ich gebe zu, es mag einige wenige Fälle geben, in denen eine Tat nur mit auf Vorrat gespeicherten Daten aufgeklärt werden kann. Das werden wenige Fälle sein, und zwar aus zwei Gründen. Grund 1: Die meisten Taten beschränken sich nicht nur auf die Verwendung von Telekommunikation. Ein Beispiel: Wer einen Menschen am Telefon betrügt, braucht eine Überweisung. Da kann dann ermittelt werden. Grund 2: Taten, die tatsächlich begangen werden können, ohne das Netz zu verlassen - z. B. eine Beleidigung - sind sehr häufig Delikte, die fortgesetzt und wiederholt begangen werden. Da kann mittels des Konzepts „Quick Freeze“ ermittelt werden.

Aber es bleiben tatsächlich Fälle übrig. Wenn ich meinen Nachbarn anrufe, die Stimme verstelle und ihn am Telefon beleidige zum Beispiel, dann kann es sein, dass wir mit einer Vorratsdatenspeicherung Beweismittel zur Verfügung hätten, die sonst nicht bestehen. Aber für solche Bagatelldaten wäre die Vorratsdatenspeicherung, da stimmen Sie sicherlich dem Bundesverfassungsgericht zu, nun wirklich nicht verhältnismäßig.

Ich betone nochmals: Wir haben keine Sicherheitslücke. Das gilt auch für Bekämpfung der Terrorgefahr. Sie glauben doch nicht ernsthaft, dass ein Bundesverfassungsgericht die Vorratsdatenspeicherung ausgesetzt hätte, wenn sie *conditio sine qua non* für die Abwehr der Terrorgefahr wäre.

Es ist tatsächlich so, dass bei der Verfolgung von Straftaten, bei denen das Internet genutzt wird, Defizite bestehen. Ich habe gerade eben noch mal geschaut: Der Polizei ist es offensichtlich endlich gelungen, die Betrügerwebsite www.ewe-ewe.com den Strom abzuschalten. Es hat nur leider ein paar Monate gedauert. Um das zu beschleunigen brauchen wir eine Entschlackung der internationalen Zusammenarbeit der Polizeibehörden und eine gut ausgerüstete Polizei. Das bedeutet auch: Moderne PCs und schnelle Internetzugänge. Aber das habe ich dieser Stelle ja bereits mehrfach hervorgehoben.

Deshalb: Finger weg von den Bürgerdaten. Millionenfache anlasslose Überwachung macht Angst. Die brauchen wir nicht und die wollen wir deswegen auch nicht.
